

Niederschrift

über die 16. Sitzung des Rates am 26.10.2023
(11. Wahlperiode)

Tag e s o r d n u n g

	Seite
Öffentliche Sitzung	6
1 Einwohnerfragestunde	6
2 Digitale Agenda der Stadt Meerbusch "Meer-Digitalisierung" Vorlage: DezIV/1740/2023	6
3 Kommunale Nachhaltigkeitsstrategie Vorlage: DezIII/1677/2023	6
4 V. Änderungssatzung zur Friedhofssatzung der Stadt Meerbusch vom 21.12.2012 Vorlage: SB11/1738/2023	7
5 Stellplatz- und Stellplatzgestaltungssatzung der Stadt Meerbusch Vorlage: FB4/1728/2023	7
6 Erlass einer Vorkaufsrechtsatzung für ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25 (1) Nr. 2 BauGB für das Entwicklungsgebiet "Kalverdonk" in Meerbusch-Osterath Vorlage: FB4/1721/2023	8
7 Abschluss einer Städtepartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Fastiv Vorlage: BM/1767/2023	8
8 Erlass einer Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Meerbusch Vorlage: FB1/1762/2023	9
9 III. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Meerbusch Vorlage: SB7SZD/1727/2023	9
10 Änderung der Geschäftsordnung des Rates Vorlage: SB9JR/1760/2023	9
11 Bildung eines Sonderausschusses "Zukunft der Schulen" Vorlage: SB9JR/1761/2023	10
12 Beteiligungsangelegenheit: Entsendung eines beratenden Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Meerbusch GmbH und angeschlossener Gesellschaften Vorlage: BM/1765/2023	12

13	Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Meerbusch zum 31.12.2021 Vorlage: RPA/1770/2023	12
14	Festsetzung des kalkulatorischen Zinssatzes in den Gebührenhaushalten Vorlage: SB8SFI/1781/2023	13
15	Einbringung des Jahresabschlusses 2022	13
16	Einbringung der Haushaltssatzung 2024	13
17	Verfassungsbeschwerde gegen das Bundesbedarfsplangesetz - hier: Weiteres Vorgehen Vorlage: SB9JR/1790/2023	13
18	Hochspannungsleitung Emden Ost-Osterath(Vorhaben1), Abschnitt NRW3a (Kreisgrenze Kleve/Wesel zwischen Uedem und Sonsbeck- Konverter Meerbusch) - Verlegung einer erdgebundenen Kabeltrasse hier: Planfeststellung: Anhörungsverfahren gemäß § 22 NABEG und § 17 UVPG Vorlage: DezIII/1768/2023	14
19	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Umsetzung der Interkommunalen Fachstelle für Verfahrensloten (§ 10b SGB VIII) Vorlage: FB21/1775/2023	14
20	Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Fischereiwesen - öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit Zentralisierung auf den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: FB1/1791/2023...	15
21	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung über den Erlass der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen am 24.09.2023 Vorlage: FB1/1780/2023	15
22	Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass Vorlage: FB1/1787/2023	16
23	Wiederwahl des Sachverständigen für Vermessung und seines Vertreters Vorlage: FB6/1778/2023	16
24	Wahl eines beratenden Mitgliedes für den Ausschuss für Schule und Sport Vorlage: SB9JR/1774/2023	17
25	Anträge	17
25.1	Antrag der FDP-Fraktion zur Änderung von Ausschussbesetzungen Vorlage: SB9JR/0471/2023	17
25.2	Antrag der SPD-Fraktion zur Änderung von Ausschussbesetzungen	17
26	Anfragen	18
27	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	18
28	Termin der nächsten Sitzung: 14.12.2023	19
29	Verschiedenes	19

Sitzungsort: Städt. Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, 40670 Meerbusch-Strümp, Foyer

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:39 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Christian Bommers Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

Frau Ilona Appel	Ratsmitglied
Herr Herbert Becker	Ratsmitglied
Herr Werner Damblon	Ratsmitglied
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied
Herr Markus Frank	Ratsmitglied
Herr Andreas Harms	Ratsmitglied
Herr Fabian Hasebrink	Ratsmitglied
Herr Andreas Hoppe	Ratsmitglied
Herr Heinz Berend Jansen	Ratsmitglied
Frau Nicole Joliet-Heising	Ratsmitglied
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied
Herr Franz-Josef Jürgens	Ratsmitglied
Frau Norma Köser	Ratsmitglied
Herr Jonas Kräling	Ratsmitglied
Herr Stefan Mosch	Ratsmitglied
Herr Dr. Felix Nieberding	Ratsmitglied
Frau Gabriele Pricken	Ratsmitglied
Herr Max Pricken	Ratsmitglied
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied
Herr Daniel Thywissen	Ratsmitglied
Herr Gerd van Vreden	Ratsmitglied
Herr Dr. Harald von Canstein	Ratsmitglied
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse	Ratsmitglied
Herr Hans Günter Focken	Ratsmitglied
Herr Dieter Jüngerkes	Ratsmitglied
Herr Heinz Jürgen Kaden	Ratsmitglied
Frau Christa Kohn	Ratsmitglied
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied
Frau Nicole Niederdellmann-Siemes	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied
Frau Kirsten Danes	Ratsmitglied
Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied

Herr Ralph Jörgens	Ratsmitglied
Herr Karl Trautmann	Ratsmitglied
Herr Heinrich Peter Weyen	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Ulrike Boldt	Ratsmitglied
Herr Dario Dammer	Ratsmitglied
Frau Aliina Housden	Ratsmitglied
Frau Leoni Kanders	Ratsmitglied
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied
Herr Christoph Weigele	Ratsmitglied
Frau Sarah Winter	Ratsmitglied

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Guido Fliege	Ratsmitglied
Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied
Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied
Frau Rita Henning	Ratsmitglied

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marco Nowak	Ratsmitglied
------------------	--------------

von der Verwaltung

Herr Peter Annacker	Vertreter der Stadt
Herr Andreas Apsel	Erster und Technischer Beigeordneter
Herr Philipp Effertz	Personalrat
Frau Stefanie Fandel	Bereichsleiterin Fachbereich 21
Frau Michaela Kümmel	Fachbereich 22
Herr Dr. Marc Saturra	Leiter Justizariat und Ratsbüro
Frau Bettina Scholten	Beigeordnete
Herr Christian Volmerich	Stadtkämmerer

Schriftführer

Herr Patrick Wirtz	Referent des Bürgermeisters
--------------------	-----------------------------

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Claus Fischer	Ratsmitglied
--------------------	--------------

von der SPD-Fraktion

Herr Michael Billen	Ratsmitglied
---------------------	--------------

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Monika Driesel	Ratsmitglied
Herr Joris Mocka	Ratsmitglied

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Torsten Schmitt

Ratsmitglied

fraktionsloses Ratsmitglied

Herr Klaus Rettig

Ratsmitglied

Herr Zacharias Schalley

Ratsmitglied

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Andreas Wagner

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Bürgermeister Bommers die anwesenden Mitglieder des Rates und der Verwaltung, der Presse, Besucherinnen und Besucher sowie die Zuschauenden im Live-Stream.

Anlässlich des 40. Geburtstages gratuliert der Bürgermeister stellvertretend für den gesamten Stadtrat dem Rats Herrn Nowack.

Änderungen zur Tagesordnung bestehen nicht.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von Einwohner/innen gestellt.

2 Digitale Agenda der Stadt Meerbusch "Meer-Digitalisierung" Vorlage: DezIV/1740/2023

Beschluss:

Der Rat beschließt die Digitale Agenda der Stadt Meerbusch „Meer-Digitalisierung“ und beauftragt die Verwaltung, deren Leitlinien und Ziele zur Entwicklung der digitalen Stadt Meerbusch im Handeln auch zukünftig zugrunde zu legen.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Layout der Agenda insbesondere unter Berücksichtigung des Internetauftritts ansprechend gestalten zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3 Kommunale Nachhaltigkeitsstrategie Vorlage: DezIII/1677/2023

Beschluss:

Der Rat beschließt die Nachhaltigkeitsstrategie.

Die Verwaltung wird beauftragt die Leitlinien und Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie der zukünftigen sozialen, ökonomischen und ökologischen Stadtentwicklung Meerbuschs im kommunalen Handeln zugrunde zu legen.

Die einzelnen Maßnahmen bedürfen in der Folge einer weiteren Ausplanung und Konkretisierung mit gesonderter Einzel-Beschlussfassung in Ausschüssen und Rat.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	8		
FDP	5		1
Bündnis 90 / Die Grünen	8		
Grün alternativ	3		
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	51		1

Bürgermeister Bommers und Erster und Technischer Beigeordneter Apsel führen auf Nachfrage aus, dass gemäß dem Beschluss die Umsetzung der Einzelmaßnahmen fortlaufend in den jeweiligen Fachausschüssen sowie ggfs. im Rat beraten würde.

Hinsichtlich der Festschreibung zur Errichtung von Quartiersgaragen in Neubaugebieten erläutert Erster und Technischer Beigeordneter Apsel, dass eine entsprechende Umsetzung anzustreben sei, um Aspekte der Nachhaltigkeit in Form von autofreien und verkehrsarmen Quartieren und der Bündelung von Verkehren zu berücksichtigen. Ein Zwang zur Umsetzung bestehe nicht, diese solle gemäß der Strategie jedoch angestrebt werden.

4 V. Änderungssatzung zur Friedhofssatzung der Stadt Meerbusch vom 21.12.2012
Vorlage: SB11/1738/2023

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die V. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Meerbusch über die Benutzung der Friedhöfe und ihrer Einrichtungen vom 21. Dezember 2012.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5 Stellplatz- und Stellplatzgestaltungssatzung der Stadt Meerbusch
Vorlage: FB4/1728/2023

Beschluss:

Die Stellplatz- und Stellplatzgestaltungssatzung wird auf Grundlage von § 48 (1) Satz 2 der Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen entsprechend den Anlagen 1 und 2 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**6 Erlass einer Vorkaufsrechtsatzung für ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25 (1) Nr. 2 BauGB für das Entwicklungsgebiet "Kalverdonk" in Meerbusch-Osterath
Vorlage: FB4/1721/2023**

Beschluss:

Die Vorkaufsrechtssatzung für das Entwicklungsgebiet „Kalverdonk“ in Meerbusch-Osterath wird entsprechend dem der Beschlussvorlage beigefügten Satzungstext für den ebenfalls beigefügten Geltungsbereich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	8		
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen		8	
Grün alternativ		3	
UWG		2	
Die Fraktion		1	
Bürgermeister	1		
Gesamt	38	14	

Ratsherr Damblon berichtet aus den Vorberatungen des Ausschusses für Planung und Liegenschaften.

**7 Abschluss einer Städtepartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Fastiv
Vorlage: BM/1767/2023**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die Gründung einer Städtepartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Fastiv.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	22		1
SPD	8		
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	8		
Grün alternativ	3		
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	51		1

Bürgermeister Christian Bommers führt zu den Inhalten der Vorlage sowie den Vorberatungen des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses aus.

8 Erlass einer Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Meerbusch
Vorlage: FB1/1762/2023

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die „Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Meerbusch“ sowie den Buß- und Verwarnungsgeldkatalog.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

9 III. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Meerbusch
Vorlage: SB7SZD/1727/2023

Beschluss:

Der Rat beschließt die III. Änderungssatzung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Meerbusch.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10 Änderung der Geschäftsordnung des Rates
Vorlage: SB9JR/1760/2023

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, die Geschäftsordnung des Rates vom 13.06.2023 dahingehend zu ändern, dass § 6 Abs. 2 lit. g): „Angelegenheiten, in denen im Einzelfall aufgrund organisatorischer und / oder strategischer Überlegungen der Meinungsbildungsprozess innerhalb der Verwaltung noch nicht abgeschlossen ist (Schutz des behördlichen Entscheidungsbildungsprozesses)“ ersatzlos gestrichen wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Peters und Ratsherr Quaß äußern Kritik an der zu diesem Thema fortlaufend geführten Debatte. Sowohl die Verwaltung als auch die Mehrheit des Rates hätten mit der Beschlussfassung zu dieser Regelung in der Geschäftsordnung billigend in Kauf genommen, fortwährend rechtswidrige Beschlüsse zu fassen. Dass erst ein Rechtsgutachten der Fraktion Grün-alternativ zur Erkenntnis der Rechtswidrigkeit geführt habe, verstärkte die Verärgerung über die Entwicklungen rund um dieses Thema. Es sei anzuzweifeln, ob die bislang überwiegend nicht-öffentlich geführten Beratungen zu Haus Meer rechtmäßig seien. Auch Meinungsbildungsprozesse seien nach Auffassung der Fraktion grundsätzlich öffentlich zu führen, da der Grundsatz der Öffentlichkeit bestehe.

Justiziar Dr. Saturra führt hierzu aus, dass die genannte Regelung verwaltungsseitig optional zur Aufnahme in die Geschäftsordnung vorgeschlagen worden sei, um eine Regelung für die bisher bestehende und seitens der Fraktionen fortwährend kritisierte Lücke hinsichtlich nicht-öffentlicher Beratungen zu finden. Es sei in keinster Weise beabsichtigt worden, rechtswidrige Regelungen in die Geschäftsordnung einfließen zu lassen. Da es sich zunächst um einen optionalen Vorschlag handelte, habe die Verwaltung vorab kein eigenes Rechtsgutachten eingeholt. Eine befürchtete Rechtswidrigkeit im Zusammenhang der Beratungen zu Haus Meer sei nicht gegeben, da hierzu keinerlei Beschlüsse nicht-öffentlich gefasst worden seien.

Ratsherr Jörgens und Ratsfrau Niederdellmann-Siemes weisen darauf hin, dass nicht-öffentliche Beratungen trotz des geltenden Grundsatzes der Öffentlichkeit erforderlich seien. Dies in ein entsprechendes Regelwerk zu implementieren, sei nicht gelungen, dennoch werde es künftig weiterhin das Erfordernis der Nicht-Öffentlichkeit für informelle Beratungen und Meinungs austausche geben.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über die Beschlussvorlage abstimmen.

11 Bildung eines Sonderausschusses "Zukunft der Schulen" **Vorlage: SB9JR/1761/2023**

Beschluss:

Der Rat beschließt, einen Sonderausschuss „Zukunft der Schulen“ zu bilden. Neben dem Bürgermeister als Vorsitzendem werden folgende **stimmberechtigten Ratsmitglieder** und sowie folgende Vertreter/innen benannt:

CDU-Fraktion:

Ordentliche Mitglieder:	Damblon, Werner Schoenauer, Hans-Werner Kräling, Jonas Harms, Andreas Schoppe, Petra Appel, Ilona Nieberding, Dr. Felix
Vertreter/innen:	Pricken, Gabriele Docktor, Marlies Mosch, Stefan von Canstein, Dr. Harald Pricken, Max Wienands, Birte Wartchow, Jörg Hasebrink, Fabian Jürgens, Franz Fischer, Claus Hoppe, Andreas Bähr, Linda Buchwald-Podder, Maximilian Weigand, Manfred Helmig, Marc Bößen, Christian Becker, Herbert Frank, Markus Joliet-Heising, Nicole

Jung, Thomas
 Köser, Norma
 van Vreden, Gerd

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ordentliche Mitglieder: Kanders, Leoni
 Weigele, Christopher
 Meiritz, Egbert
 Vertreter/innen: Mocka, Joris
 Dammer, Dario

SPD-Fraktion:

Ordentliche Mitglieder: Niederdellmann-Siemes, Nicole
 Kohn, Christa
 Vertreter/innen: Niegeloh, Heidemarie
 Banse, Dirk

FDP-Fraktion:

Ordentliche Mitglieder: Gabernig, Thomas
 Jörgens, Ralph
 Vertreter/innen: Trautmann, Karl
 Bertholdt, Michael

Fraktion GRÜN-alternativ:

Ordentliches Mitglied: Fliege, Guido
 Vertreter: Quaß, Joachim

UWG-Fraktion:

Ordentliches Mitglied: Spetsmann, Hartwig
 Vertreterin: Mertens, Elke

Fraktion Die FRAKTION:

Ordentliches Mitglied: Jeckel, Christian
 Vertreter: Nowak, Marco

Daneben werden folgende **beratenden Mitglieder** aus dem Ausschuss für Schulen und Sport und folgende Vertreter/innen in den neuen Sonderausschuss berufen:

Vertretung Grundschulen: Frau Anne Weddeling-Wolff (Frau Stephanie Pieper)

Vertretung weiterführende Schulen: Herr Christian Dölls (Frau Dorothee Schiebler)

Vertretung Stadt-Sport-Verband: Herr Peter Dietz (Herr Johannes Peters)

Vertretung Schulpflegschaften: Herr Andreas Trojan (Frau Corinna Multhauf)

Vertretung evangelische Kirche: Herr Wilfried Pahlke (Frau Karin Schwark)

Vertretung katholische Kirche: Frau Dr. Stefanie Hötteke (Herr Michael Berning)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- 12 Beteiligungsangelegenheit: Entsendung eines beratenden Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Meerbusch GmbH und angeschlossener Gesellschaften
Vorlage: BM/1765/2023**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, Herrn Stadtkämmerer Christian Volmerich als beratendes Mitglied in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Meerbusch GmbH, der Stadtwerke Service Meerbusch-Willich GmbH sowie die MW Energy GmbH zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- 13 Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Meerbusch zum 31.12.2021
Vorlage: RPA/1770/2023**

Beschluss:

1. Der Rat stellt gem. § 96 Abs. 1 S. 1 GO NRW den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2021 fest.
2. Der Rat beschließt gemäß § 96 Abs. 1 S. 2 GO NRW, den Jahresüberschuss 2021 in Höhe von 9.941.055,25 € der Ausgleichsrücklage zuzuführen.
3. Die Ratsmitglieder erteilen dem Bürgermeister für den Jahresabschluss zum 31.12.2021 gemäß § 96 Abs. 1 S. 5 GO NRW uneingeschränkte Entlastung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeister Bommers nimmt an der Abstimmung nicht teil..

Bürgermeister Bommers übergibt die Sitzungsleitung an die stellvertretende Bürgermeisterin Petra Schoppe.

Ratsherr Becker berichtet aus den Beratungen des Rechnungsprüfungsausschusses.

Sodann lässt stellv. Bürgermeisterin Schoppe über den Beschlussvorschlag abstimmen.

14 Festsetzung des kalkulatorischen Zinssatzes in den Gebührenhaushalten
Vorlage: SB8SFI/1781/2023

Beschluss:

Der Rat beschließt den kalkulatorischen Zinssatz für das Kalkulationsjahr 2023 auf 3,026667 % festzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

15 Einbringung des Jahresabschlusses 2022

Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2022 wird in den Rat eingebracht und zur Beratung an den Rechnungsprüfungsausschuss weitergeleitet.

16 Einbringung der Haushaltssatzung 2024

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2024 wird nebst Haushaltsbuch in den Rat zur Beratung eingebracht.

Bürgermeister Bommers und Stadtkämmerer Volmerich skizzieren anhand von Reden und Präsentationen die Grundlagen und Rahmenbedingungen für den Haushalt 2024 sowie die Eckdaten des vorliegenden Entwurfes. Die Rede des Bürgermeisters sowie die Präsentation des Stadtkämmerers sind der Niederschrift als Anlage 1 bzw. 2 beigefügt.

17 Verfassungsbeschwerde gegen das Bundesbedarfsplangesetz - hier: Weiteres Vorgehen
Vorlage: SB9JR/1790/2023

Beschluss:

Der Rat beschließt, die im Jahre 2013 beim Bundesverfassungsgericht gegen das Bundesbedarfsplangesetz eingelegte Verfassungsbeschwerde derzeit nicht zurückzunehmen und beauftragt die Verwaltung, über die beauftragte Rechtsanwaltskanzlei eine Stellungnahme zu den aktuellen Hinweisen des Bundesverfassungsgerichts abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Nieberding erklärt sich für befangen und nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Justiziar Dr. Saturra führt zu den Inhalten der Vorlage aus.

Ratsherr Damblon erklärt, dass das Verfahren seit inzwischen zehn Jahren auf eine Entscheidung durch das Bundesverfassungsgericht warte, was ein großes Ärgernis sei. Aus Sicht der CDU-Fraktion sollte nach der eingegangenen ersten Stellungnahme des Gerichts nicht bereits „die Flinte ins Korn“

geworfen werden und die Beschwerde entsprechend aufrechterhalten bleiben. Die mandatierten Anwälte sollten das Verfahren im Sinne der Stadt fortführen.

Ratsherr Quaß, Ratsfrau Glasmacher, Ratsfrau Niederdellmann-Siemes und Ratsfrau Dr. Schomberg stimmen den Ausführungen zu. Entsprechend solle entgegen dem Beschlussvorschlag in der Beratungsvorlage die genannte Alternative auf Fortführen des Verfahrens zum Beschluss gestellt werden.

Bürgermeister Bommers lässt sodann über den alternativen Beschlussvorschlag der Beratungsvorlage zur Aufrechterhaltung der Verfassungsbeschwerde abstimmen.

**18 Hochspannungsleitung Emden Ost-Osterath(Vorhaben1), Abschnitt NRW3a (Kreisgrenze Kleve/Wesel zwischen Uedem und Sonsbeck- Konverter Meerbusch) - Verlegung einer erdgebundenen Kabeltrasse
hier: Planfeststellung: Anhörungsverfahren gemäß § 22 NABEG und § 17 UVPG
Vorlage: DezIII/1768/2023**

Beschluss:

Der Rat beschließt, keine Einwendungen im Anhörungsverfahren gemäß § 22 NABEG und § 17 UVPG Ost-Osterath (Vorhaben1), Abschnitt NRW3a (Kreisgrenze Kleve/Wesel zwischen Uedem und Sonsbeck - Konverter Meerbusch) zu erheben.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	8		
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	8		
Grün alternativ	2		
UWG		2	
Die Fraktion	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	50	2	

Ratsherr Fliege nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**19 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Umsetzung der Interkommunalen Fachstelle für Verfahrenslotsen (§ 10b SGB VIII)
Vorlage: FB21/1775/2023**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die gemeinsam entwickelte öffentlich-rechtliche Vereinbarung der Jugendämter im Rhein-Kreis Neuss zur Umsetzung einer interkommunalen Fachstelle für Verfahrenslotsen (§ 10b SGB VIII).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Fliege nimmt an der Abstimmung nicht teil.

20 Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Fischereiwesen - öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit Zentralisierung auf den Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: FB1/1791/2023

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zum behördlichen Fischereiwesen zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	7	1	
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	8		
Grün alternativ	3		
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	52	1	

Beigeordnete Scholten führt zu den Inhalten der Vorlage aus.

Ratsherr Focken erkundigt sich nach dem Zeitplan der beabsichtigten Digitalisierung des Prozesses. Solange dies noch nicht abgeschlossen sei, müsse man zur Beantragung bzw. Verlängerung eines Scheines persönlich beim Rhein-Kreis Neuss in Grevenbroich vorstellig werden, bislang könne dies in den örtlichen Bürgerbüros erfolgen. Sinnhaft sei die Umstellung auf den Rhein-Kreis Neuss daher erst nach einer Digitalisierung des Prozesses, nach der eine online-Beantragung möglich sei.

Beigeordnete Scholten führt hierzu aus, dass ein Zeitplan noch nicht bekannt sei, der Rhein-Kreis verpflichte sich jedoch, die Digitalisierung des Verfahrens durchzuführen. Ein Sachkundenachweis könne bereits jetzt nur beim Rhein-Kreis persönlich bearbeitet werden, das persönliche Erscheinen zu allen weiteren Belangen sei entsprechend der Digitalisierung des Prozesses nur für einen Übergangszeitraum erforderlich.

21 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung über den Erlass der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen am 24.09.2023

Vorlage: FB1/1780/2023

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt die Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung vom 12.09.2023 über den Erlass der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen am 24.09.2023.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	8		
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		2
Grün alternativ	3		
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	51		2

- 22 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass**
Vorlage: FB1/1787/2023

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt den Erlass der beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	24		
SPD	8		
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	6	1	1
Grün alternativ	3		
UWG	2		
Die Fraktion	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	51	1	1

- 23 Wiederwahl des Sachverständigen für Vermessung und seines Vertreters**
Vorlage: FB6/1778/2023

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch bestellt mit Wirkung vom 01.11.2023 für die Dauer von 5 Jahren gemäß §§ 3 und 5 Abs. 1, Satz 2 und 3 der Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches folgende Herren als Mitglieder des Umlegungsausschusses der Stadt Meerbusch:

- a) als Sachverständigen für Vermessung
Herrn Peter Stuhlträger
- b) als Vertreter des Sachverständigen für Vermessung
Herrn Peter Hilger

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**24 Wahl eines beratenden Mitgliedes für den Ausschuss für Schule und Sport
Vorlage: SB9JR/1774/2023**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, Herrn Christian Döls als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Schule und Sport zu wählen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

25 Anträge

**25.1 Antrag der FDP-Fraktion zur Änderung von Ausschussbesetzungen
Vorlage: SB9JR/0471/2023**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt folgende Ausschussumbesetzung:

Kulturausschuss:	Hündgen, Michael – streiche ersatzlos
Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau:	Hündgen, Michael – streiche ersatzlos
Ausschuss für Planung und Liegenschaften:	Hündgen, Michael – streiche ersatzlos

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

25.2 Antrag der SPD-Fraktion zur Änderung von Ausschussbesetzungen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt folgende Ausschussumbesetzung:

Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau:	Killewald, Benjamin – setze als Stellvertreter
--------------------------------------	--

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

26 **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

27 **Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

Der Rat nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

Weiterhin berichtet die Verwaltung zu folgenden Themen:

Entwicklung der Geflüchteten-Situation

Dezernent Peter Annacker berichtet, dass die Zahl der Zuweisungen Geflüchteter nach Meerbusch deutlich steige, auch die der illegal nach Deutschland Einreisenden. Dies führe zu einer großen Belastung der vorhandenen Strukturen, da eine solche Entwicklung perspektivisch nicht absehbar gewesen sei. Ein Antrag auf vorübergehende Aussetzung der Zuweisungen zur Schaffung weiterer Unterbringungsmöglichkeiten sei seitens der zuständigen Bezirksregierung abgelehnt worden, da die Aufnahmequote der Stadt derzeit bei 92% liege. In den kommenden zwei Wochen sei mit weiteren 40 Zuweisungen zur vollständigen Erfüllung der Aufnahmequote zu rechnen.

Für das Jahr 2024 würden weitere 65.000 Geflüchtete zusätzlich in Deutschland erwartet, was zu einer Zuweisung von weiteren rund 200 Personen nach Meerbusch führen werde. Im Gebäude der ehem. Barbara-Gerretz-Schule würden derzeit weitere Kapazitäten für 88 Plätze geschaffen. Weiterhin würden zusätzliche Standorte erforderlich, um eine Belegung zusätzlicher Sporthallen zu vermeiden. Hierzu laufe derzeit eine Standortsuche zum Bau von Modul- und Containeranlagen. Vornehmlich sollten hier kleinere Einheiten zu je maximal 50 Personen realisiert werden, um eine bessere Integration zu fördern und Kosten im Bereich der erforderlichen Überwachung in größeren Einrichtungen zu sparen. Aktuell seien Flächen für insgesamt rund 280 Plätze auf dem Grundstück der ehem. Q1-Tankstelle an der Meerbuscher Straße in Osterath sowie an der Kranenburger Straße in Osterath identifiziert worden. Diese Flächen böten den Vorteil einer vorhandenen Leitungsinfrastruktur und könnten mit Blick auf die Zielsetzung der Schaffung von kleineren Einheiten auch als Reserveflächen dienen. Weitere Standorte, auch für eine bessere Verteilung innerhalb des Stadtgebietes, würden geprüft, bedürften jedoch eines längeren Vorlaufes.

Auf Nachfrage erläutert Bürgermeister Bommers, dass neben der Schaffung von Unterbringungsplätzen auch eine Stärkung des Ausländeramtes beim Rhein-Kreis Neuss erforderlich sei. Aufgrund der hohen Zuweisungszahlen sei das Amt überlastet und könne keine ausreichend zeitigen Termine für die Geflüchteten zur Anmeldung etc. anbieten. Die Kommunen des Rhein-Kreises stünden hierzu mit dem Landrat im Austausch, dieser habe eine Besserung im Rahmen der Möglichkeiten bereits zugesichert. Seitens der Kommunen sei eine personelle Unterstützung angeboten worden, die bislang jedoch nicht erfolge.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erklärt, dass für anerkannte Geflüchtete Wohnraum geschaffen werden müsse.

Dezernent Annacker erklärt hierzu, dass derzeit rund 200 Personen in den städtischen Unterkünften eine Duldung bzw. Aufenthaltserlaubnis besäßen und demnach in freien Wohnraum umziehen könnten. Aufgrund des Mangels an Wohnraum erfolge dies jedoch nicht, sodass diese Personen Plätze in den Unterbringungseinrichtungen für weitere Zuweisungen belegten. Für die Schaffung weiterer Plätze für Geflüchtete in den Container- und Modulbauten seien im Entwurf des Haushaltes für 2024 3x 1,7 Mio. Euro eingepreist. Hilfen von Bund und Land würden erwartet, könnten derzeit jedoch nicht beziffert werden.

Auf Anregung der Ratsfrau Kohn sagt Dezernent Annacker zu, dass nach entsprechender Kontaktaufnahme zum zuständigen Bereich Soziales die festgestellte Problematik fehlender Räume zur Integration in den bestehenden Einrichtungen geprüft würde.

Ratsherr Bertholdt äußert seine Verwunderung zur Standortwahl und verweist auf bereits im Jahr 2015 identifizierte Flächen.

Ratsherr Banse fürchtet fehlende Akzeptanz im Zuge der Ausweisung neuer Standorte und wünscht die Einbeziehung der Bevölkerung.

Abschließend weist Dezernent Annacker darauf hin, dass die Verwaltung derzeit vielseitig prüfe und Maßnahmen plane. Der Sozialausschuss werde in seiner kommenden Sitzung über den weiteren Fortgang informiert, inwiefern dort schon weitergehende Maßnahmen präsentiert werden könnten, hänge von den Prüfergebnissen und weiteren Erforderlichkeiten ab.

Delegationsreise nach Shijonawate

Bürgermeister Bommers berichtet von der Reise einer Delegation der Stadt Meerbusch in die japanische Partnerstadt Shijonawate. Es habe dort einen guten, konstruktiven und interessanten Austausch gegeben, insbesondere die Wiederbelebung der Schulpartnerschaft mit dem Meerbusch-Gymnasium sowie eine stärkere Vernetzung der ehrenamtlichen Supporter auf beiden Seiten seien thematisiert worden und sollen forciert werden. Über die örtlichen Wirtschaftskammern sollten zudem Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Vernetzung geprüft werden.

Elektrothek

Bürgermeister Bommers führt zu den vergangenen Beratungen rund um den möglichen Erhalt der Elektrothek in Osterath aus. Die Gemengelage sei, insbesondere mit Blick auf die Planungen von Amprion, weiterhin kritisch, entsprechend lägen keine weiteren Erkenntnisse vor. Gemeinsam mit dem Geschäftsführer der Stadtwerke sei eine Begehung des Areals erfolgt, dort prüfe man nun Unterstützungsmöglichkeiten. Aufgrund der Größe und Menge des Bestandes werde ein vollständiger Erhalt für sehr schwer umsetzbar erachtet. Das Thema solle daher auch im Gespräch mit Amprion weiter aufgegriffen werden.

28 Termin der nächsten Sitzung: 14.12.2023

29 Verschiedenes

Unterführung Strümper Straße

Ratsfrau Dr. Schomberg erkundigt sich nach der Möglichkeit einer temporären Inbetriebnahme der Unterführung an der Strümper Straße.

Bürgermeister Bommers erklärt, dass seitens des zuständigen Landesbetriebes keine Möglichkeit hierzu gesehen werde. Demnach müsse man hoffen, dass die Arbeiten an der Unterführung wie angekündigt ab Mai 2024 fortgeführt würden.

Sondersitzung „Wohnungsbau“ des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses

Ratsherr Peters erkundigt sich nach der Liste der externen Referenten. Seiner Auffassung nach solle auch der Mieterverein beteiligt werden.

Dezernent Annacker erläutert, dass Vertreter des Bauvereins Meerbusch, der GWG Viersen, der NRW Bank sowie der Kreisgesellschaft für Wohnungsbau ihre Teilnahme zugesagt hätten. Die Einbeziehung des Mietervereins werde hinsichtlich der Zielsetzung der Sitzung zur Darstellung der Bestände

und Projekte sowie der Möglichkeiten der strategischen Ausrichtung für nicht sinnvoll erachtet. Zudem solle die Sitzung nicht überfrachtet werden.

Tempo 30-Regelungen / LED-Leuchten

Ratsherr Focken fragt an, inwiefern die Stadt neue Gesetzgebungen zur Anordnung von Tempo 30 anwenden wolle. Hierbei stelle sich auch die Frage nach den Ergebnissen der Verkehrszählungen an den beklagten Tempo 30-Zonen in Osterath und Lank. Zudem solle der Fußgängerüberweg am Winklerweg, analog dem nebenliegenden Kreisverkehr, mit LED-Leuchten zur besseren Sicherung des Überwegs ausgestattet werden.

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel führt aus, dass neue Gesetzgebungen im Falle sinnhafter und rechtmäßiger Anordnungsmöglichkeiten selbstverständlich angewandt würden. Die Verkehrszählungen seien erfolgt, die Ergebnisse würden im Zusammenhang zur Beratung weitergehender Maßnahmen erörtert. Die Frage der Beleuchtung werde geprüft.

Justiziar Dr. Saturra ergänzt, dass im ebenfalls noch laufenden Klageverfahren zu Tempo 30 in den Nachtstunden an der Düsseldorfer-, Moerser- und Neusser Straße neue Zahlen zur Verkehrsbelastung ermittelt worden seien. Der zuständige Landesbetrieb käme dabei zum Schluss, dass eine Anordnung von Tempo 30 mit Blick auf Lärmbelastungen sinnvoll und rechtmäßig sei. Hierauf solle nun zunächst der Kläger Stellung nehmen, anschließend die Stadt.

Meerbusch, den 15. November 2023

Christian Bommers
Bürgermeister

Patrick Wirtz
Schriftführer